

285149-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Bauarbeiten – Ausbau S11/S-Bahn-Stammstrecke Köln -
Pfahlprobelastungskonzept Kölner Hbf

OJ S 81/2026 27/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: DB InfraGO AG – Geschäftsbereich Fahrweg (Bukr 16)

E-Mail: Fabian.F.Bruns@deutschebahn.com

Tätigkeit des Auftraggebers: Eisenbahndienste

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Ausbau S11/S-Bahn-Stammstrecke Köln - Pfahlprobelastungskonzept Kölner Hbf
Beschreibung: Das Vorhaben „Ausbau S11 Kernpaket TM 7 – Köln Hbf.“ ist Teil des Projektes Ausbau S11/S-Bahn-Stammstrecke Köln. Es sind Maßnahmen vorgesehen, die die Kapazität der S-Bahn-Stammstrecke steigern. Dazu gehört die Erstellung zusätzlicher S-Bahn-Gleise einschließlich zusätzlicher Bahnsteigkanten in Köln Hbf und Köln Messe/Deutz sowie die Optimierung der Leit- und Sicherungstechnik, um eine Taktverdichtung von bisher 3,3 Min. auf neu 2,5 Min. Zugfolgezeit zu erreichen. Das Projekt Ausbau S11 umfasst unter anderem die hier genannte folgende Teilmaßnahme im Bereich der DB InfraGO AG: - TM 7: Erweiterung des Bahnhofs Köln Hbf um zwei S-Bahnsteigkanten auf der Nordseite (neuer Mittelbahnsteig an den Gleisen 12 und 13 einschließlich Gleisverbindungen). Im Zusammenhang mit dem Ausbau der S11 am Kölner Hauptbahnhof ist eine Gründung von Stützen für den Fahrweg auf Bohrpfählen nach DIN EN 1536 vorgesehen, die in den Sedimenten der Rheinterrasse abgesetzt werden sollen. Aufgrund einer strengen Beschränkung der Pfahlkopfsetzungen auf ein Maß von 10 mm unter Gebrauchslast sollen die überwiegend axial beanspruchten Großbohrpfähle mit einer Mantel- und Fußverpressung hergestellt werden. Eine Besonderheit bei der Planung und Ausführung der Tiefgründung stellen im Untergrund befindliche Bauwerke (z. B. Tunnel) dar. Durch Untersuchungen im Rahmen von Pfahlprobelastungen an drei separat hergestellten Versuchspfählen („Probelastungspfähle“ im Sinne der DIN EN 1536) soll das voraussichtliche Trag- und Verformungsverhalten der geplanten Bauwerkspfähle bei einer statischen Beanspruchung sowohl in vertikaler als auch in horizontaler Richtung festgestellt werden. Die Versuchspfähle werden später nicht als Bauwerkspfähle genutzt.

Kennung des Verfahrens: 9c43dc1d-8440-4e27-a037-e25472cc20e2

Interne Kennung: 26FEI85886

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Wir weisen darauf hin, dass die VO (EU) 2022/576 zur Änderung der VO (EU) Nr. 833/2014 Anwendung findet und Unternehmen, die den Sanktionsmaßnahmen in Art. 5k der VO (EU) 2022/576 unterfallen, aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden. Der Auftraggeber hat die Deutsche Bahn AG, Zentraleinkauf, bevollmächtigt, im Rahmen des Vergabeverfahrens bei der Entgegennahme sowie Abgabe von Willenserklärungen (insbesondere der Zuschlagserteilung) in Vertretung

und mit Vollmacht des Auftraggebers zu handeln. Bedingungen für den Erhalt des Auftrags
Der Nachweis über die im folgenden aufgeführten Eignungsanforderungen wird durch das
Vorhandensein einer Präqualifikation bei der Deutschen Bahn AG, den Eintrag in die Liste des
Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) / PQ-
VOB oder vorläufig mit einer Eigenerklärung über die Erfüllung der Eignungsanforderungen
erbracht. Im letzten Fall sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle die Nachweise zu
den einzelnen Anforderungen innerhalb von 6 Kalendertagen vorzulegen. Auf gesondertes
Verlangen der Vergabestelle ist ein Nachweis über das Vorhandensein einer PQ-VOB
innerhalb von 6 Kalendertagen vorzulegen. - Erklärung über seine Mitgliedschaft in der
Berufsgenossenschaft (Bieter ohne Sitz in der Bundesrepublik Deutschland haben eine
entsprechende Erklärung über die Mitgliedschaft bei dem für sie zuständigen
Versicherungsträger abzugeben) - Erklärung über die Eintragung in die Handwerksrolle, das
Berufsregister oder das Register der Industrie- und Handelskammer seines Sitzes oder
Wohnsitzes - Erklärung über die beabsichtigte Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen -
Erklärung, dass der Bewerber/Bieter nicht durch die Deutsche Bahn AG wegen Verfehlungen
gesperrt und vom Wettbewerb ausgeschlossen worden ist - Erklärung über Verfehlungen, die
die Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB) - Erklärung zur
Kartellrechtlichen Compliance- und Korruptionsprävention - Erklärung, dass bei der
Ausführung eines früheren Auftrags bei der Deutsche Bahn AG oder einem mit ihr gemäß §§
15 ff. AktG verbundenen Unternehmen keine wesentliche Anforderung erheblich oder
fortdauernd mangelhaft erfüllt hat - Erklärung über mögliche Eintragungen im
Gewerbezentralregister- Erklärung, dass das Unternehmen zu keinem Zeitpunkt in einem
Vergabeverfahren der Deutsche Bahn AG oder eines mit ihr gemäß §§ 15 ff. AktG
verbundenen Unternehmens a) versucht hat, die Entscheidungsfindung in unzulässiger Weise
zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es
unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) irreführende
Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung beeinflussen konnte bzw. dies
versucht hat. - Erklärung, dass der Bewerber/Bieter den DB-Verhaltenskodex für
Geschäftspartner (<https://www.deutschebahn.com/de/konzern/konzernprofil/compliance/geschaeftspartner/verhaltenskodex-1191674>) oder die BME-Verhaltensrichtlinie (<https://www.bme.de/initiativen/compliance/bme-compliance-initiative/>) oder einen eigenen
Verhaltenskodex, der im Wesentlichen vergleichbare Prinzipien verbindlich für ihn festlegt,
einhalten wird - Erklärungen zur Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen, insbesondere der
Pflicht zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen
Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung), sowie
Verpflichtungen z. B. gem. den in § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AentG), § 98c
Aufenthaltsgesetz, § 19 Mindestlohngesetz, § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder §
22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz genannten Vorschriften - Erklärung, dass kein
Insolvenzverfahren oder Liquidationsverfahren anhängig ist - Erklärung, dass das
Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe im Sinne von §§ 123 f. GWB oder
Eignungskriterien im Sinne von § 122 GWB keine Täuschung begangen und auch keine
Auskünfte zurückgehalten hat und dass das Unternehmen stets in der Lage war, geforderte
Nachweise in Bezug auf die §§ 122 bis 124 GWB zu übermitteln

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45000000 Bauarbeiten

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50668

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die interessierten Wirtschaftsteilnehmer müssen dem Auftraggeber mitteilen, dass sie an den Aufträgen interessiert sind; die Aufträge werden ohne spätere Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb vergeben. Durch den Wirtschaftsteilnehmer sind als Teilnahmebedingung neben den zuvor genannten Erklärungen/Nachweisen folgende weitere Erklärungen/Nachweise erforderlich: 1. Erklärung, ob und inwieweit mit dem/den vom AG beauftragten Ingenieurbüro(s) Verbundenheit (gesellschaftsrechtlich verbunden im Sinne § 18 AktG / verwandtschaftliche Beziehungen zwischen Organen des Bieters und Organen des Ingenieurbüros) oder wirtschaftliche Abhängigkeit besteht. Bei Bietergemeinschaften gilt, dass jedes einzelne Mitglied eine entsprechende Erklärung abzugeben hat. Beauftragte(s) Ingenieurbüro(s): 1. Schüßler-Plan Ingenieurgesellschaft mbH 2. DB Engineering & Consulting GmbH 3. ICG Ingenieure GmbH Der Auftraggeber behält sich vor, Angebote von Bietern auszuschließen, die unter Mitwirkung eines vom Auftraggeber beauftragten Ingenieurbüros erstellt wurden. Gleiches gilt, wenn zwischen Bieter und beauftragtem Ingenieurbüro eine gesellschaftsrechtliche/verwandtschaftliche Verbundenheit oder wirtschaftliche Abhängigkeit besteht. Fragen zu den Vergabeunterlagen oder dem Vergabeverfahren sind so rechtzeitig zu stellen, dass dem Auftraggeber unter Berücksichtigung interner Abstimmungsprozesse eine Beantwortung spätestens sechs Tage vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge möglich ist. Der Auftraggeber behält sich vor, nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als sechs Tagen vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten. Der Auftraggeber behält sich die Anwendung von §§ 123, 124 GWB vor. Bei Durchführung eines Verhandlungsverfahrens behält sich der Auftraggeber die Möglichkeit vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten. Für den Fall, dass die Bieter im Rahmen einer Verhandlung zur Abgabe eines preislich modifizierten Angebots aufgefordert werden, behält das Angebot der 1. Angebotseröffnung einschl. der Nebenangebote weiterhin Gültigkeit. Das gilt sowohl für den Fall, dass der Bieter fristgemäß ein modifiziertes Angebot vorlegt, als auch für den Fall, dass der Bieter ein modifiziertes Angebot nicht oder nicht fristgemäß vorlegt. Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot (des Bestbieters) erteilt. Folgende Erklärungen sind im Offenen Verfahren mit dem Angebot und bei einem Aufruf zum Teilnahmewettbewerb mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Zusätzliche Unterlagen sind nicht erwünscht: Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von 5 v.H. der Auftragssumme Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: Bürgschaft für Mängelansprüche in Höhe von 3 v.H. der Abrechnungssumme Die Zahlungsbedingungen gelten gemäß Vergabeunterlagen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

sektvo -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Gemäß §§ 123, 124 GWB, § 42 Abs. 1 UVgO bzw. § 16 VOB/A

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Ausbau S11/S-Bahn-Stammstrecke Köln - Pfahlprobelastungskonzept Kölner Hbf
Beschreibung: Das Vorhaben „Ausbau S11 Kernpaket TM 7 – Köln Hbf.“ ist Teil des Projektes Ausbau S11/S-Bahn-Stammstrecke Köln. Es sind Maßnahmen vorgesehen, die die Kapazität der S-Bahn-Stammstrecke steigern. Dazu gehört die Erstellung zusätzlicher S-Bahn-Gleise einschließlich zusätzlicher Bahnsteigkanten in Köln Hbf und Köln Messe/Deutz sowie die Optimierung der Leit- und Sicherungstechnik, um eine Taktverdichtung von bisher 3,3 Min. auf neu 2,5 Min. Zugfolgezeit zu erreichen. Das Projekt Ausbau S11 umfasst unter anderem die hier genannte folgende Teilmaßnahme im Bereich der DB InfraGO AG: - TM 7: Erweiterung des Bahnhofs Köln Hbf um zwei S-Bahnsteigkanten auf der Nordseite (neuer Mittelbahnsteig an den Gleisen 12 und 13 einschließlich Gleisverbindungen). Im Zusammenhang mit dem Ausbau der S11 am Kölner Hauptbahnhof ist eine Gründung von Stützen für den Fahrweg auf Bohrpfählen nach DIN EN 1536 vorgesehen, die in den Sedimenten der Rheinterrasse abgesetzt werden sollen. Aufgrund einer strengen Beschränkung der Pfahlkopfsetzungen auf ein Maß von 10 mm unter Gebrauchslast sollen die überwiegend axial beanspruchten Großbohrpfähle mit einer Mantel- und Fußverpressung hergestellt werden. Eine Besonderheit bei der Planung und Ausführung der Tiefgründung stellen im Untergrund befindliche Bauwerke (z. B. Tunnel) dar. Durch Untersuchungen im Rahmen von Pfahlprobelastungen an drei separat hergestellten Versuchspfählen („Probelastungspfähle“ im Sinne der DIN EN 1536) soll das voraussichtliche Trag- und Verformungsverhalten der geplanten Bauwerkspfähle bei einer statischen Beanspruchung sowohl in vertikaler als auch in horizontaler Richtung festgestellt werden. Die Versuchspfähle werden später nicht als Bauwerkspfähle genutzt.
Interne Kennung: 6e07cbfe-27b9-4537-b943-62f348391c43

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen
Haupteinstufung (cpv): 45000000 Bauarbeiten

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Köln
Postleitzahl: 50668
Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/06/2026
Enddatum der Laufzeit: 30/09/2026

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Es ist zu beachten, dass zusätzlich zwingend eine Präqualifikation der Deutschen Bahn AG erforderlich sein kann, falls dies unter „Zusätzliche Informationen zu den Losen“ ausdrücklich erwähnt ist. Für folgende Leistungen muss das für die Ausführung vorgesehene Unternehmen in einem Präqualifikationsverfahren bei der Deutschen Bahn AG

präqualifiziert sein. Eine dementsprechende Erklärung ist im Offenen Verfahren mit dem Angebot und bei einem Aufruf zum Teilnahmewettbewerb mit dem Teilhmantrag abzugeben. Zusätzliche Unterlagen sind nicht erwünscht. Angaben zu den Teilnahmebedingungen und zum Präqualifikationsverfahren sind den Bewerbungsbedingungen Ziff. 18 und Besonderen Vertragsbedingungen zu entnehmen:
Spezialtiefbau: Gründungen Pfähle

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Versorgungssicherheit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Bitte beachten Sie dazu die Abschnitte 2.1, 2.1.4 und 5.1.6 dieser Bekanntmachung. Zum Nachweis der Qualifikation und Leistungsfähigkeit sind mit Angebotsabgabe Referenzen vorzulegen. Der AN hat mit Abgabe des Angebotes mindestens drei Referenzen vorzulegen, die die erfolgreiche Herstellung von Bohrpfählen nach DIN EN 1536 mit vergleichbaren Abmessungen bei vergleichbaren geologischen Randbedingungen belegen. Weiterhin ist mit Abgabe des Angebotes mindestens eine Referenz für eine erfolgreiche durchgeführte vergleichbare Pfahlprobelastung vorzulegen. Kriterien für die Vergleichbarkeit sind die vorgesehenen Prüfkräfte von bis ca. 25 MN in vertikaler Richtung und die Instrumentierung, die "hohen Anforderungen" im Sinne der EA Pfähle genügen muss.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 14/04/2026 09:30:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://bieterportal.noncd.db.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/d970a7a6-f0bc-46a4-a78c-653ff468dabc>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://bieterportal.noncd.db.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/d970a7a6-f0bc-46a4-a78c-653ff468dabc>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilhmanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: Sicherheiten gemäß Vergabeunterlagen

Frist für den Eingang der Angebote: 28/04/2026 09:30:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 24 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten. Gemäß § 51 SektVO, § 16a VOB/A bzw. § 41 UVgO. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Entfällt

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Die Zahlungsbedingungen gelten gemäß Vergabeunterlagen.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Wenn der Zuschlag bereits wirksam erteilt worden ist, kann dieser nicht mehr vor der Vergabekammer angegriffen werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Der Zuschlag darf erst 10 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post erteilt werden (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: DB InfraGO AG – Geschäftsbereich Fahrweg (Bukr 16)

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Vergabekammer des Bundes

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: DB InfraGO AG – Geschäftsbereich Fahrweg (Bukr 16)

Registrierungsnummer: fb197f94-7578-4673-8a57-4642ae120532

Postanschrift: Adam-Riese-Straße 11-13

Stadt: Frankfurt Main

Postleitzahl: 60327
Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)
Land: Deutschland
Kontaktperson: FE.EI 74
E-Mail: Fabian.F.Bruns@deutschebahn.com
Telefon: +49 20330174775
Fax: +49 69260913869
Internetadresse: <http://www.deutschebahn.com/bieterportal/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes
Registrierungsnummer: 0a9ea480-08e4-4ab6-bf12-d722d0ad54b6
Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53113
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 22894990

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

5d0f00d9-1512-4ae2-b823-8e6bc8b4054c-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 06bb0e9a-c66d-4c65-bc5b-45ce611c5da0 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 17
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 24/04/2026 14:53:33 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 285149-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 81/2026
Datum der Veröffentlichung: 27/04/2026